



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Reinhold Bocklet, Kerstin Schreyer-Stäblein, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Konsequenzen aus dem Brexit besonnen ziehen – Für eine bessere EU-Politik!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mehrheit beim Referendum für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist eine Entscheidung von historischer Dimension für Europa. Der Zusammenschluss der europäischen Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat Frieden und Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für die Menschen in Europa gebracht. Die europäische Einigung ist ein Projekt, das die Zukunft für viele Generationen sichern soll. Wir müssen daher jetzt die Weichen so stellen, damit die Erfolge der europäischen Einigung fortgesetzt werden können. Dazu bedarf es einer Politik, die sich auf die Lösung der großen Probleme konzentriert und den Mitgliedstaaten und Regionen wieder mehr Raum für die eigenverantwortliche Gestaltung gibt, ohne den erreichten Stand der Gemeinschaft in Frage zu stellen.

Der Landtag ist daher der Auffassung, dass

- die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich mit dem Ziel geführt werden müssen, dass trotz des Austritts Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der EU, in der NATO und der westlichen Wertegemeinschaft erhalten bleiben;
- die EU den Austrittswunsch der Bevölkerung, ausdrücklich abgefragt durch die britische Regierung, zu respektieren und das Austrittsverfahren so zu betreiben hat, dass zwischen dem Vereinig-

ten Königreich und der EU so rasch wie möglich klare vertragliche Regelungen geschaffen werden;

- im Rahmen der Verhandlungen insbesondere im Hinblick auf den Binnenmarkt und die Handelsbeziehungen dafür zu sorgen ist, dass für die bayerische Wirtschaft und die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich möglichst wenig Nachteile durch die Neuregelung entstehen;
- die EU unverzüglich Maßnahmen mit dem Ziel ergreifen muss, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur europäischen Zusammenarbeit zu verbessern und zu stärken. Europa muss sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren und strikt das Subsidiaritätsprinzip einhalten. Nur wesentliche und sichtbare Ergebnisse bei der Lösung konkreter Sachfragen verbessern und stärken die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union. Hierzu gehören u.a. die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die Verbesserung des Außengrenzschutzes, die Reform des gemeinsamen Asylsystems, die Terrorabwehr sowie die Stabilität der Eurozone und die Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten.

Begründung:

Die Entscheidung der britischen Wählerinnen und Wähler zeigt, dass historische Entwicklungen überzeugende Argumente und Führungswillen brauchen. Das Ergebnis ist ein Einschnitt für Europa, da die Kritik an der Ausrichtung bestimmter Politikbereiche und die Ferne der Entscheidungen sowie die Komplexität der Verfahren durch viele Bürger zum Ausdruck gebracht wurden und dabei die positiven und wirksamen Mechanismen der EU und ihrer Werteordnung in den Hintergrund rückten, so dass sie nicht entscheidungswirksam werden konnten. Sie ist daher ein Warnsignal, das ernstgenommen werden und als große Chance für die Europäische Union verstanden werden muss. Diese Chance muss ergriffen werden. Während des Prozesses der Verabschiedung Großbritanniens aus der EU muss sich die EU-Politik selbst den Forderungen ihrer Bürger stellen und ihr Handeln auf deren Erwartungen ausrichten.

Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze und Einfluss in der weltweiten Staatengemeinschaft gehen nur mit Europa. Für das Exportland Bayern ist Europa

in besonderer Weise ein Wirtschaftsraum mit kurzen Wegen, wirtschaftlicher Umsetzungsfähigkeit und Absatzkraft. Unseren Wohlstand und unsere Zukunftschancen sichern wir in und mit Europa. Für die Stabilität der Währung, für die Sicherung von Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent, für hochwertige Arbeitsplätze und technologische Zukunftsprojekte und für die starke Bedeutung unserer Werteordnung – für all das brauchen wir Europa.

Die Interessen der Staaten und Regionen Europas sind so vielfältig, wie diese selbst. Europa wird Erfolg haben, wenn es weniger zentralistisch sondern föderal und subsidiär wirkt, wenn es selbstbewusste und traditionsreiche Länder wie Bayern respektiert und diese Haltung unterstützt, und wenn es sich nicht im nationalstaatlichen Kleinklein verliert, sondern sich im Rahmen der globalen Herausforderungen als handlungsfähig erweist.